



NEWSLETTER JANUAR

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

bei der Klimakonferenz in Paris ist mit dem „Paris-Abkommen“ historisches gelungen: Zum ersten Mal haben sich 195 Staaten auf ein gemeinsames globales Ziel beim Klimaschutz verständigt und Mechanismen zur Überprüfung und Einhaltung von nationalen Klimaschutzzielen geschaffen. Die eigentlich Umsetzung globalen Klimaschutzes beginnt damit zwar erst, aber Paris hat die Richtung gewiesen: Raus aus den Fossilen – rein in die Erneuerbaren. Dass die Erneuerbaren Energien heute anders als noch 2009 in Kopenhagen eine ernsthafte Alternative zu den Fossilen sind, liegt vor allem auch am Erfolg des deutschen EEG, das Sonne und Wind in einem Ausmaß günstig gemacht hat, wie es vor wenigen Jahren noch nicht vorstellbar war. Doch Vorreiter im globalen Klimaschutz ist unser Land inzwischen nicht mehr. Deutschland hat sich auf der Pariser Konferenz zwar mit anderen zu einer Allianz der ambitionierten Staaten zusammengeschlossen, doch auch in Paris hatte sich herumgesprochen, dass in Deutschland Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen. Die Bundesregierung ist meilenweit von der Erreichung ihres eigenen Klimaschutzziels für 2020 entfernt: Die Kohleverstromung boomt und die Bundesregierung wirft RWE, Vattenfall und MIBRAG sogar noch 1,6 Mrd. Euro an Subventionen für eine Kraftwerksreserve, die niemand braucht, hinterher. Der Klimaschutz im Verkehrsbereich hat noch nicht einmal angefangen und im Wärme- und Effizienzbereich hinkt die Bundesregierung den Zielen so weit hinterher, dass die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat. Nachdem die Bundesregierung den Ausbau von Bioenergie und Photovoltaik abgewürgt hat, wächst nur noch die Windenergie. Doch mit den Ausschreibungen ab 2017 droht auch hier der Fadenriss.

Doch lesen Sie am besten selbst in meinem letzten Newsletter dieses Jahres Infos aus den Bereichen Energie, Umwelt, Klima und Landwirtschaft und Ernährung sowie Verkehr, Bauen und Wohnen. Lesen Sie, wo die Bundesregierung versagt und wie die Grünen Antworten für ein zukunftsfähiges Deutschland sind.

Ich möchte meinen letzten Newsletter in diesem Jahr aber auch dafür nutzen, mich bei Ihnen für ihre Begleitung – sei es durch persönliche Gespräche, Emails, Teilnahme an Veranstaltungen usw. – bedanken und wünschen Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2016!

Ihr/euer

Oliver Krischer

Energie/Umwelt

- 1) Klimagipfel in Paris – Nationales Handeln gefordert**
- 2) Positionspapier: Grüne Minister*innen, Bundestagsfraktion und Partei zu Ausschreibungen bei Erneuerbaren Energien**
- 3) Netzausbau: Lex Seehofer ist teuer und verursacht neue Probleme**
- 4) Verpasste Chance bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)**

- 5) **Faire Wärme für alle – klimafreundlich, bezahlbar, erneuerbar**
- 6) **Gaspipeline: North Stream Erweiterung**
- 7) **Arktis: Schutz vor Ausverkauf**
- 8) **Beschäftigtenzahl in der Erneuerbaren-Branche sinkt**
- 9) **Grüner Solargipfel mit Branchenvertretern**
- 10) **Bundestagsrede zum Bericht der Expertenkommission zur Energiewende**
- 11) **Atomrückstellungen – Spielraum für sozialverträgliche Lösung schwindet**
- 12) **Belgische Behörden fahren Pannenreaktor Tihange hoch – Risiko auch für Deutschland**
- 13) **Studie: Risiko-AKW Fessenheim sofort stilllegen!**
- 14) **Abfallpolitik ist totale Enttäuschung**
- 15) **Wertstoffgesetz-Entwurf ist für die Tonne**

Agrar/ Ernährung

- 16) **Wissenschaftler gegen Glyphosat-Verharmlosung**

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 17) **Abgas-Skandal: Die Dobrindtsche Verschleierungspolitik**
- 18) **Bundesverkehrswegeplanung: Öffentliche Beteiligung sicherstellen**
- 19) **Studie: Ölpreiskollaps, Verkehr und Klima**
- 20) **Auswertung Grünes Fachgespräch „Verbraucherrechte im Abgas-Skandal“**

Energie/Umwelt

1) Klimagipfel in Paris – Nationales Handeln gefordert

Die Ergebnisse des Klimagipfels in Paris sind historisch – aber auch nur ein Schritt. Sie dürfen nicht der Schlusspunkt beim globalen Klimaschutz sein. Die Richtung ist klar: Raus aus den fossilen Energien und rein in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Nun kommt es darauf an, dass alle Länder das Abkommen mit Leben füllen und national umsetzen. In Deutschland muss die schwarz-rote Bundesregierung nun zeigen, dass sie nicht nur schöne Worte redet, sondern national auch umsetzt. Dazu gehören ein Kohleausstieg und das Ende der Finanzierung von fossilen Energien im Ausland. Die konkreten Beschlüsse und alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

2) Positionspapier: Grüne Minister*innen, Bundestagsfraktion und Partei zu Ausschreibungen bei Erneuerbaren Energien

Die neun Grünen Energieminister*innen der Bundesländer, die Bundesvorsitzende Simone Peter sowie Julia Verlinden und ich für die Grüne Bundestagsfraktion haben in einem gemeinsamen Positionspapier unsere Kritik am Ausschreibungsmodell der Bundesregierung für Erneuerbare Energien formuliert. Zu diesen Forderungen gehört unter anderem, dass es keine Deckelung bei Wind an Land und bei der Photovoltaik gibt. Außerdem müssen die Akteursvielfalt und Bürgerenergie erhalten bleiben. Vorhandene Biomasse-Anlagen brauchen eine Perspektive mit dem Ziel, sie in Zukunft bedarfsgerecht und ökologisch optimiert zu betreiben. Wir wollen endlich die regionale und dezentrale Vermarktung von Grünstrom ermöglichen. Alle weiteren Details zum Positionspapier finden sich [HIER](#).

3) Netzausbau: Lex Seehofer ist teuer und verursacht neue Probleme

Netzausbau und -optimierung auf allen Spannungsebenen sind neben Speichern und Lastmanagement die entscheidenden Flexibilitätsoptionen für ein Stromsystem, das immer mehr auf der schwankenden Erzeugung von Wind und Sonne beruht. Deshalb brauchen wir einen sinnvollen Netzausbau, der sich am Ausbau der Erneuerbaren Energien orientiert. Der Bundestag hat dazu Anfang Dezember den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Energieleitungsausbau verabschiedet, mit dem Ergebnis, dass nun (fast) alle Hochspannungsgleichstromleitungen (HGÜ) unter die Erde verlegt werden sollen. Im Gesetz von 2011 wird Erdverkabelung verhindert, im Entwurf von heute – mal wieder eine 180°-Wende der Bundesregierung – soll sie überall Vorrang haben. In drei Jahren stehen wir womöglich immer noch an der gleichen Stelle, weil es Konflikte mit Naturschutz und Landwirten

geben wird. Warum will die Bundesregierung beim Leitungsausbau das gesunde Maß partout nicht finden? Meine Bundestagsrede zum Thema findet sich [HIER](#). Weitere Infos zum Thema gibt es [HIER](#).

4) Verpasste Chance bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Die Bundesregierung verpasst die Chance, der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) den nötigen Schub zu geben und die Erneuerbaren Energien im Wärmemarkt voranzubringen. Stattdessen erfindet sie ein neues Subventions-Instrument für die Kohle-KWK. So versteckt sie eine Rechtsgrundlage im Gesetz, wonach die Bundesregierung eine Verordnung für die Förderung von alten, unrentablen Steinkohle-KWK-Anlagen erlassen kann. Das ist klarer Ausdruck für die antiquierte Kohleförderungspolitik von CDU/CSU und SPD und ein Kniefall vor der Kohlelobby. Gebraucht hätte es stattdessen Anreize für ein Umrüsten von Kohle-KWK-Anlagen auf Bio- oder Erdgas, die Fördersätze bleiben hier aber auf erschreckend niedrigem Niveau. Mehr Infos und der Grüne Entschließungsantrag finden sich [HIER](#).

5) Faire Wärme für alle – klimafreundlich, bezahlbar, erneuerbar

Rund 40 Prozent der Endenergie werden in Deutschland im Gebäudebereich verbraucht. Dabei entstehen mindestens ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen. Bisher gibt es lediglich für Neubauten verpflichtende Auflagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien. Gleichzeitig sorgt die viel zu niedrige Sanierungsrate von unter einem Prozent pro Jahr für erhebliche Diskussion über deren Kosteneffizienz und die sozialpolitischen Auswirkungen. Das wollen wir anpacken, denn die Energiewende darf nicht am Wärmesektor scheitern. Wir deshalb haben am 18. Dezember 2015 den Entwurf für ein runderneueretes Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) in den Bundestag eingebracht. Unser Vorbild: Baden-Württemberg. Denn BaWü hat bisher als einziges Land eine Länderöffnungsklausel genutzt und auch für bestehende Gebäude eine Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Wärme nach Modernisierungen auferlegt. Das wollen wir nun auch für die Bundesebene. Mehr dazu [HIER](#).

6) Gaspipeline: North Stream Erweiterung

Der russische Staatskonzern Gazprom plant den Bau von zwei weiteren Pipelines entlang der bestehenden North-Stream-Leitungen durch die Ostsee. Das Projekt Nord Stream 3&4 macht die EU noch abhängiger von Gaslieferungen aus Russland. Es spaltet Europa, wie der jüngste Europäische Rat auch gezeigt hat. Seine Folgen für die Ukraine wären dramatisch, denn das Land wird von wichtigen Transiteinnahmen abgeschnitten. Auch für den Klimaschutz bringt das Projekt keinerlei Vorteile. Die acht Mrd. Euro für Nord Stream 3&4 ließen sich viel nutzbringender zur Beschleunigung der Effizienzmaßnahmen und des Ausbaus Erneuerbarer Energien einsetzen. Weitere Infos [HIER](#).

7) Arktis: Schutz statt Ausverkauf

Der Shell-Konzern hat jüngst seine Pläne zu Ölbohrungen in der Arktis auf Eis gelegt. Dennoch ist die Arktis von wirtschaftlicher Ausbeutung und Klimawandel bedroht. Durch die fortschreitende Erderwärmung wird das Eis in den arktischen Regionen weiter schmelzen. Das weckt Begehrlichkeiten zur Ausbeutung der Region. Russland, die USA, Kanada, Norwegen und Dänemark beanspruchen Gebiete rund um den Nordpol und planen verstärkte Aktivitäten im Abbau von Rohstoffen. Eine grenzenlose Ausbeutung der arktischen Region darf es aber nicht geben, dazu ist die Region zu sensibel und zu schwer zugänglich. Daher müssen wir dringend Schutzgebiete ausweisen. Mehr Infos und unsere parlamentarischen Initiativen gibt es [HIER](#).

8) Beschäftigtenzahl in der Erneuerbaren-Branche sinkt

Die Abriss-Politik von Union und SPD im Bund lässt die Beschäftigtenzahl im Bereich der Erneuerbaren Energien erneut sinken. 355.400 Menschen arbeiteten im Jahr 2014 in Deutschland im Bereich der Erneuerbaren Energien, etwa vier Prozent weniger als noch ein Jahr zuvor. Von dem Rückgang besonders betroffen war die Solar-Branche. Alle weiteren Infos [HIER](#).

9) Grüner Solargipfel mit Branchenvertretern

„Auf in eine zweite Solare Gründerzeit“ war darum das Motto für den Austausch der Grünen Bundes-

tagsfraktion mit den Photovoltaik-Unternehmer*innen. Mit einem [Thesepapier](#) haben wir Wege skizziert, damit die Solarenergie durch die aktuelle Bundesregierung nicht weiter ausgebremst wird. Weitere Infos zur Veranstaltung finden sich [HIER](#).

10) Bundestagsrede zum Bericht der Expertenkommission zur Energiewende

Wirtschaftsminister Gabriel hat dem Bundeskabinett den 4. Monitoring-Bericht zur Energiewende vorgelegt und schreibt sich den Aufstieg der Erneuerbaren Energien zur wichtigsten Stromquelle auf die Fahnen. Deutschland, so heißt es im Bericht, sei beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor auf Zielkurs. Doch genaues Hinschauen lohnt sich. Die Expertenkommission zur Energiewende sagt klipp und klar und unverblümt: Wenn die Politik so weitergeht, werden wir das Klimaschutzziel 2020 verfehlen, nicht knapp, sondern krachend. Meine Bundestagsrede zum Thema findet sich [HIER](#) und mehr Infos zum Monitoring-Bericht und der Stellungnahme der Experten [HIER](#).

11) Atomrückstellungen – Für GroKo sind Atomkonzerne wichtiger als Steuerzahler

Im Wirtschaftsausschuss des Bundestages hat die Große Koalition es abgelehnt, das Konzernnachhaftungsgesetz noch dieses Jahr zu beschließen, damit sich die Atomkonzerne durch die vorgesehene Spaltung bei E.ON zum 01.01.2016 (und bald auch bei RWE) nicht aus der Verantwortung für die Atomlast stehlen können. Das zeigt, der GroKo ist die Wohlfahrt Atomkonzerne wichtiger als die Vermeidung von milliardenschweren Risiken für die Steuerzahler. Weitere Infos [HIER](#).

In einem von den Grünen beauftragten [Rechtsgutachten](#) legen wir zudem einen konkreten Lösungsvorschlag vor, der strikt auf Durchsetzung der AKW-Betreiber-Pflichten und den Schutz der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgerichtet ist. Mehr Details dazu gibt es [HIER](#).

12) Belgische Behörden wollen Pannenreaktor Tihange wieder hochfahren – Risiko auch für Deutschland

Wegen massiver Sicherheitsbedenken wurde der belgische Atomreaktor Tihange 2 im März 2014 vom Netz genommen. Hunderten Rissen im Reaktorbehälter und allen Protesten zum Trotz legt die belgische Regierung Tihange nicht still. Kaum war das Kraftwerk wieder in Betrieb, brannte es im benachbarten Block 1, der dann notabgeschaltet werden musste. Das ist die Fortsetzung einer unendlichen Pannen- und Skandalgeschichte, die nur eines zeigt: Der Weiterbetrieb ist Russisch-Roulette für die gesamte Region in Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Während aus der Aachener Region parteiübergreifend seit Jahren deutlich Kritik kommt und auch die NRW-Landesregierung sich mit Nachdruck für eine Stilllegung der belgischen Reaktoren einsetzt, versäumt es die Bundesregierung bislang, gegenüber Belgien Klartext in Sachen Tihange zu reden. So kann die atomfreundliche belgische Regierung immer darauf verweisen, dass es aus Deutschland ja keine offiziellen Bedenken gegen den Weiterbetrieb gibt. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

13) Studie: Risiko-AKW Fessenheim sofort stilllegen!

Seit langem fordern Anwohner*innen, Atomkraft-Kritiker und Grüne, das Uralt-AKW Fessenheim in Frankreich, unweit der deutschen Grenze, abzuschalten, denn es ist das älteste Atomkraftwerk Frankreichs und eines der gefährlichsten Atomkraftwerke an den Grenzen zu Deutschland. Das Versprechen, Fessenheim vor 2017 stillzulegen, hat Staatspräsident Hollande wieder kassiert. Ein aktuelles Gutachten des Atomsicherheitsexperten Professor Dr. Manfred Mertins im Auftrag der Grünen belegt: Fessenheim ist noch gefährlicher, als bisher bekannt. Weitere Informationen, Grüne Anfragen und Anträge sowie das Gutachten finden sich [HIER](#).

14) Abfallpolitik ist totale Enttäuschung

Das [zweite Abfallpaket der EU](#) ist kein Schritt nach vorne, sondern eine Rolle rückwärts. Anstatt mehr bringt der neue Vorschlag weniger Ressourcenschutz. Ziele, die im Vorschlag noch enthalten waren, wurden schlicht weggekürzt. Das Recyclingziel wurde herabgesetzt, Ziele zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und weniger Müll in den Meeren gibt es gar nicht mehr. Dass Hausmüll laut dem neuen Vorschlag nun doch weiter auf die Deponie darf, ist völlig unzeitgemäße Ressour-

cenverschwendung. EU-Kommissar Timmerman muss seinen Vorschlag deutlich verbessern. Der aktuelle Vorschlag und mehr Infos finden sich [HIER](#).

15) Wertstoffgesetz-Entwurf ist für die Tonne

Der jetzt nach ewigen Verzögerungen vorgelegte [Entwurf](#) aus dem Bundesumweltministerium gestaltet nichts um. Stattdessen sollen die privaten dualen Systeme weiter künstlich am Leben gehalten und um eine sogenannte Zentrale Stelle erweitert werden. Diese liegt in Hand der Wirtschaft, die sich damit selbst kontrollieren soll. Ein Witz, keine gute Idee. Denn das hat zur Folge, dass weiterhin der niedrigste Preis statt der Einhaltung ökologischer Standards die Entsorgung von Hausmüll bestimmt. Unseren Antrag „[Wertstoffgesetz jetzt vorlegen](#)“ und weitere Infos finden sich [HIER](#).

Agrar/ Ernährung

16) Wissenschaftler gegen Glyphosat-Verharmlosung

Vor kurzem hat die zuständige EU-Lebensmittelbehörde EFSA empfohlen, das Pflanzengift Glyphosat für weitere zehn Jahre in der EU neu zuzulassen. Dabei übernahm die Behörde in Parma unhinterfragt den mangelhaften Risikobericht des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR). Nun kritisieren knapp hundert renommierte internationale Wissenschaftler*innen in einem Offenen Brief den verantwortungslosen und unqualifizierten Umgang der Behörden mit den Gefahren des allgegenwärtigen Pflanzengifts. Mehr Infos zum Thema und den offenen Brief gibt es [HIER](#).

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

17) Abgas-Skandal: Die Dobrindtsche Verschleierungspolitik

Beim größten Abgasskandal der Geschichte Verschleiert Dobrindt mehr als er aufdeckt. Unsere Fragen zum Abgasskandal werden weiterhin systematisch nicht oder völlig unzureichend beantwortet. Statt mit seiner Verschleierungspolitik weiter zu machen, ist es höchste Zeit, dass Dobrindt endlich liefert und den Weg für echte Aufklärung frei macht. Außerdem ist er bis jetzt jede Erklärung schuldig geblieben, wie er für mehr Klima- und Umweltschutz im Verkehrsbereich sorgen will. Die Emissionen im Verkehrssektor gehen nicht zurück. Die eigenen Klimaschutzziele der Bundesregierung im Verkehrssektor geraten damit in immer weitere Ferne. Doch hier hört man vom zuständigen Minister für Verkehr gar nichts. Ausdrücklich begrüßen können wir aber, dass Bundesumweltministerin Hendricks die Forderung der Grünen nach Kaufprämien für Elektroautos aufgegriffen hat. Damit ließen sich Klima- und Umweltschutz im Verkehrsbereich umsetzen. Doch Dobrindt ist wie so oft nicht Lösung sondern Teil des Problems.

18) Bundesverkehrswegeplanung: Öffentliche Beteiligung sicherstellen

Der Bundesverkehrswegeplan droht eine Wunsch-Dir-Was Liste der Großen Koalition für Verkehrsprojekte zu werden, die die Herausforderungen der Erhaltung und des Ausbaus Verkehrsinfrastruktur nicht löst. Darüber bestand beim Fachgespräch der Grünen Einigkeit bei den Vertreter*innen von Umweltverbänden und Wirtschaft. Es braucht glaubhafte und klar verständliche Begründungen neuer Verkehrsprojekte, ebenso wie eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit. Anstelle eines Flickenteppichs aus Einzelprojekten muss ein leistungsfähiges, bundesweit relevantes Kernnetz entwickelt werden, das Deutschland intelligent in Europa einbindet. Unsere Alternative heißt „[Grüner Bundesnetzplan](#)“. Mehr Infos dazu und die Zusammenfassung des Fachgespräches finden sich [HIER](#).

19) Studie: Ölpreiskollaps, Verkehr und Klima

Im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat EnergyComment eine [Kurzstudie](#) zum Thema Verkehr und Klimapolitik erstellt. In den Bereichen Energie, Verkehr und Klima muss das Tem-

po ordentlich angezogen werden, um den Temperaturanstieg, wie in Paris beschlossen, tatsächlich auf 2 oder sogar 1,5°C zu begrenzen. Wenn das Barrel Rohöl aber 50 statt 100 Dollar kostet, schwindet vielfach die Motivation, sich auf neue Technologien einzulassen. Darum braucht die Verkehrspolitik dringend einen Neustart: Echte Innovationen statt schummeln bei der Verringerung des Spritverbrauchs und einen ernsthaften Einstieg in die Entwicklung und Umsetzung anderer Mobilitätskonzepte. Mehr Infos dazu gibt es [HIER](#).

20) Auswertung Grünes Fachgespräch „Verbraucherrechte im Abgas-Skandal“

Der Abgasskandal hat bei vielen Verbraucher*innen zu Verunsicherung geführt. In einem Fachgespräch mit über 50 Teilnehmer*innen haben wir über die Konsequenzen mit Experten diskutiert. Welche Wertminderung ist durch die manipulierte Software entstanden und wer ist dafür dann haftbar zu machen. Wir verlangen: VW muss alle Kundinnen und Kunden so stellen, dass sie keinerlei finanzielle Nachteile haben. Und für die Zukunft müssen im Unternehmen Strukturen geschaffen werden, die eine Wiederholung eines solchen Kundenbetruges ausschließen. VW muss endlich klar und offen darlegen, was die Leitlinien sind; wann VW angesichts der nicht durchschaubaren Software auf die Verjährungseinrede verzichtet und wann und wie der Rückruf systematisch passiert. Ein Video-Mitschnitt des Fachgesprächs findet sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.